

Gesellschaftliche Folgen neoliberaler Sozialpolitik in Spanien: Ausprägungen und Antworten der Zivilgesellschaft

Ruth Simsa (Wien)

Ruth Simsa: *Gesellschaftliche Folgen neoliberaler Sozialpolitik in Spanien: Ausprägungen und Antworten der Zivilgesellschaft* (S. 97–111)

Im Artikel wird zunächst die gegenwärtige soziale und politische Situation in Spanien dargestellt. Das Land erlebt eine gravierende ökonomische, soziale und politische Krise, die durch die Finanzkrise ausgelöst und durch neoliberale Sparpolitik verstärkt wurde. Basierend auf Feldforschung in mehreren größeren spanischen Städten werden Reaktionen der Zivilgesellschaft auf diese Situation diskutiert. Im Jahr 2011 entwickelte sich eine landesweite Protestbewegung der Empörten (Indignados). Anders als in vielen Ländern, in denen sich KrisenverliererInnen rechtspopulistischen Strömungen zuwenden, kam es hier zu starken Solidarisierungseffekten und zu vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die von Protest und politischer Arbeit bis zu engmaschiger sozialer Hilfe und Unterstützung reichen. Die Bewegung hat sich auch institutionalisiert, regionale und nationale aus der Bewegung hervorgegangene Parteien haben zum Teil überraschende Erfolge erzielt. Gleichzeitig hat die etablierte Politik mittels Restriktion und gesetzlichen Einschränkungen der Bürgerrechte scharf auf diese Entwicklung reagiert. Ob die Bewegung dominante Strukturen der globalen Ökonomie und Politik ändern kann, bleibt abzuwarten.

Schlagworte: Soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft, Spanien, Austeritätspolitik

Ruth Simsa: *Social Consequences of Neoliberal Social Policies in Spain: Characteristics and Answers of Civil Society* (pp. 97–111)

The article describes the current social and political situation in Spain. The severe economic and social crisis was caused (amongst other factors) by neoliberal economic and social policies and was furthermore worsened through austerity politics. Based on empirical research in Spanish cities, reactions of civil society to this development will be in focus of our analysis. Spanish civil society strengthened massively since the beginning of protest movements in 2011. In contrast to other countries, where we find declining solidarity and a rising popularity of extreme right-wing and nationalist parties, which provide simplistic answers for problems of society, we see in Spain a rise in solidarity and a movement that emphasizes nonviolent ways for an inclusive, sustainable and socially balanced development. Besides increased civil society activism and the formation of new initiatives, new movement-parties are emerging both at national and municipal levels. The Spanish government has responded with repression and a law on public security that implied severe restriction for civil rights in context of demonstrations and protest. It remains an open question, if these grass-roots movements will be able to change dominant structures of a global and neoliberal economy and politics.

Keywords: social movements, civil society, Spain, austerity policy

1. Einleitung

Spanien ist von einer gravierenden ökonomischen, sozialen und politischen Krise betroffen. Diese wird vielfach als Folge der europäischen und der nationalen neoliberalen Politik beschrieben. Die zunehmende Orientierung an Wirtschaftsinteressen statt an sozialen Standards, die Unterordnung des Gemeinwohls unter individuelle Interessen, die Individualisierung von Gewinnen und Kollektivierung von Risiken der Finanzmärkte führen in ganz Europa zu wachsender Ungleichverteilung und Exklusion. Südliche EU-Länder sind davon besonders stark betroffen aufgrund schwächerer sozialstaatlicher Sicherungssysteme und bestimmter nationaler Gegebenheiten, etwa der einseitigen, an Immobilien orientierten Wirtschaftsentwicklung vor Ausbruch der Krise oder aufgrund des geringen Anteils an Miet- oder Sozialwohnungen in Spanien. Folgen sind in vielen Ländern Politikverdrossenheit oder ein Zulauf der KrisenverliererInnen zu rechtspopulistischen Strömungen. In Spanien dagegen kam es in Folge einer breiten Protestbewegung zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft, des politischen Engagements und der Solidarität. Infolge der Bewegung wurden neue Parteien gegründet, die bereits Erfolge bei regionalen, nationalen und EU-Parlamentswahlen hatten. Gefragt, warum in Spanien rechtspopulistische Strömungen weniger Zulauf hatten, antworten die meisten InterviewpartnerInnen unserer Untersuchung, dass viele SpanierInnen aufgrund der Geschichte, insbesondere der Erfahrungen mit der Diktatur, dazu weniger Affinität verspürten sowie v. a., dass diese rechtspopulistischen Strömungen ohnehin in der Regierung vertreten wären (I16, I25).

Im Folgenden wird zunächst in Kapitel 2 die soziale und politische Lage in Spanien beschrieben. Danach werden in Kapitel 3 Ergebnisse einer qualitativen Erhebung zu Antworten und auch gesellschaftlichen Entwürfen der Zivilgesellschaft bzw. der Protestbewegung dargestellt. In Kapitel 4 werden Reaktionen des herrschenden Systems beschrieben und in Kapitel 5 werden Erfolgsaussichten der Bewegung diskutiert.

Der Artikel basiert auf Feldforschung in Spanien, in deren Rahmen zwischen Oktober 2014 und Juni 2015 neben teilnehmenden Beobachtungen (bei Versammlungen, in besetzten Häusern, bei lokalen öffentlichen Tafeln) mehr als 72 Interviews mit spanischen AktivistInnen und ExpertInnen in Madrid, Sevilla und Valencia durchgeführt wurden. Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte nach Prinzipien der *grounded theory*. Datenerhebung, -analyse und -auswertung finden hier iterativ, in einem verschränkten Prozess statt, die Datensammlung orientiert sich *an der Entwicklung der theoretischen Befunde* und es wird ein möglichst heterogenes Sample angestrebt. Neue Daten sollen also möglichst stark von den bisherigen abweichen, sodass die Bandbreite des Feldes abgedeckt wird, bis eine theoretische Sättigung erreicht ist, also keine neuen Inhalte mehr auftauchen. Die Interviews wurden aufgenommen, 33 Interviews wurden transkribiert und mittels MAXQDA kodiert.

2. Ein »Krieg ohne Waffen«¹: Die Wirtschaftskrise, die neoliberale Politik und ihre Folgen für Spanien

Spanien ist ein deutliches Beispiel für die Folgen der unheiligen Allianz von nicht ausreichend regulierter finanzieller Spekulation und Austeritätspolitik. Hier zeigt sich, wie die neoliberale, globale Wirtschaft soziale Ungleichheit erzeugt oder verstärkt und auch in gut entwickelten Ländern zu drastischen Existenzproblemen führt (Benski et al. 2013).

Die Entwicklung des Neoliberalismus von einer marginalen Position zu einer unglaublich erfolgreichen Ideologie charakterisiert eine »Phase eines grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und technischen Wandels, der den wohlfahrtsstaatlichen Konsens der Nachkriegsordnung und der Wiederaufbauära aufzuheben und Arbeit, Soziales, Demokratie und Zivilgesellschaft dem radikalen Paradigma einer rastlosen Globalisierung und Deregulierung von Ökonomie und Kultur unterzuordnen scheint« (Grisold/Maderthaler 2010, S. ?). Unter dem Vorzeichen der völligen Neuordnung und Deregulierung der Finanzmärkte zielt diese Ideologie auf eine neu konfigurierte, virtuelle globale Ökonomie. Die Folgen sind eine Restrukturierung von Machtverhältnissen zugunsten neuer ökonomischer Eliten sowie eine umfassende Neuverteilung von Ressourcen. Während es dem klassischen Liberalismus noch darum ging, eine strikte Trennung von Staat und Gesellschaft aufrechtzuerhalten und er lediglich den Sozialstaat eindämmen wollte, strebt der Neoliberalismus danach, den Staat dem vermeintlich freien Markt zu unterwerfen.

Als Folge ist auch in europäischen Wohlfahrtsstaaten insgesamt eine klare Verteilung von Unten nach Oben deutlich (Fellner/Grisold 2010, Marterbauer 2011). Tendenzen zur Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit, zu Reduktionen öffentlicher Sozialleistungen und zur Verschärfung der sozialen Unsicherheiten sind als Ausdruck einer allgemeinen Ökonomisierung der politischen Steuerung zu werten (Penz 2010). Die Entwicklung zu Prekarisierung, einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich und wachsender Exklusion ist vermutlich noch nicht beendet und die Frage nach gesellschaftlicher Integration und sozialer Gerechtigkeit stellt sich damit in verschärfter Form (Bude 2008, Penz 2010, Stieglitz 2009). Wohlfahrtsstaatliche Absicherung und Solidarität verlieren also an Bedeutung zugunsten von Eigenverantwortung und privatem Engagement. Wir erleben gegenwärtig weltweit zunehmend Versuche, öffentliche und gesellschaftliche Probleme über den Markt zu lösen (Wijkström/Zimmer 2011).

In Spanien hat die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik im Gefolge der Wirtschaftskrise der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre zu einer massiven Verschlechterung der sozialen Lage geführt. Spanien wurde in seiner Entwicklung um {Banyuls, 2012 #479; Fioramonti, 2013 #480} eine Dekade zurückgeworfen (Unicef 2014). Besonders deutlich ist dies beobachtbar in Bezug auf die Arbeitsmarktchancen junger Menschen und Frauen, Kinderarmut und Unterernährung, die Wohnsituation bzw. die hohe und

1 Kursive Texte in Anführungszeichen sind Interviewzitate.

immer noch steigende Zahl von Delogierungen, regionale Disparitäten sowie die Einkommensungleichheit.

2007 wurde Spanien, wie andere südeuropäische Länder auch, von der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie damit einhergehenden Liquiditätsengpässen hart getroffen. Vorausgegangen war dieser Zäsur eine über Jahre hinweg prosperierende Wirtschaft, die von einem von nationalen sowie internationalen Spekulationen angefachten Bau-boom maßgeblich getragen war. Dieser war durch lockere Kreditvergabe und niedrige Zinsen verursacht und durch Spekulationen verstärkt worden. In diesen goldenen Jahren (Wieland 2011) war das Land zur fünftgrößten Volkswirtschaft Europas (Köhler 2010) aufgestiegen. Spanien hatte vor der Finanzkrise eine mit 39,4 Prozent des Brutto-nationalprodukts im Jahr 2008 deutlich niedrigere Staatsverschuldung als etwa Österreich (68,5 Prozent) oder Deutschland (64,9 Prozent),² war aber u. a. aufgrund des hypertrophen Bausektors besonders verwundbar. Das Platzen der Immobilienblase hatte dramatische Folgen, wie Insolvenzen, stagnierendes Wirtschaftswachstum, einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie die Verwendung enormer Summen an Staatsgeldern für Banken und Bankenrettungen. Die Staatsverschuldung stieg bis 2014 auf geschätzte 98,1 Prozent und die Bankenhilfe auf über 61,366 Mrd. Euro (Asensi 2014, 65).

Unter dem Druck der von der EU verordneten Austeritätspolitik wurden öffentliche Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich reduziert (Banyuls/ Recio 2012, Fioramonti/ Thümler 2013). Spanien wurde in seiner Entwicklung um eine Dekade zurückgeworfen (Unicef 2014).

Ein weiteres Thema mit nicht nur hoher Brisanz, sondern auch quantitativ hoher Bedeutung sind Probleme in Zusammenhang mit Wohnraum. Während des Bau-booms waren Immobilienpreise aufgrund des Booms und des erhitzten Marktes um mehr als 200 Prozent gestiegen (Asensi 2014, 63), eine Regulierung der Banken und eine Novellierung des Hypothekengesetzes blieben aus. Kredite wurden sehr leichthändig, ohne Bonitätsprüfungen, vergeben. Im Zuge der Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit konnten Menschen, die Wohnungen mit billigen Krediten gekauft hatten, diese nicht rückzahlen, Delogierungen stiegen an. Zwischen 2007 und 2014 gab es 570.000 Delogierungen, wobei die Zahlen weiterhin im Anstieg begriffen sind.³ Die Zahl leer stehender Wohnungen ist zwischen 2010 und 2014 von 3,4 auf 4 Millionen gestiegen und zwei von fünf leeren Wohnungen sind in Häusern, die erst in den letzten zehn Jahren gebaut wurden.⁴ Gegenwärtig stehen fast 20 Prozent der Wohnungen leer und schätzungsweise 332.500 Personen haben kein Dach über dem Kopf.⁵ Das Konfliktfeld Wohnen wird durch zwei Aspekte verschärft. Erstens mangelt es in Spanien

2 <http://wko.at/statistik/eu/europa-verschuldung.pdf>, 9. 12. 15.

3 <http://afectadosporlahipoteca.com/2014/10/10/los-datos-del-cgpj-confirman-que-siguen-aumentando-los-desahucios-en-espana/>, 9. 12. 2015.

4 EAPN (European Anti Poverty Network) (2013) Documento de Posición sobre Vivienda, verfügbar unter: http://eapn-galicia.com/wp-content/uploads/2014/07/Documento-posicionamiento-sobre-Vivienda-EAPN-Espa%C3%B1a-Octubre_2013.pdf, 10. 12. 2015.

5 <http://www.2ominutos.es/noticia/2052274/o/viviendas-vpo/vacias-espana/13500/>, 5. 5. 2015.

an sozialem Wohnbau und vergleichsweise wenige Menschen haben die Option, Wohnraum zu mieten – Wohnungseigentum wird hierdurch alternativlos. Zweitens ermöglicht es die spanische Gesetzeslage, dass Zwangspfändungen, infolge derer Immobilien in Bankenbesitz übergehen, nicht automatisch zur Schuldentilgung führen. Wegen des Preisverfalls der Immobilien nach dem Platzen der Blase bleiben daher viele Delogierte für die Schulden weiterhin haftbar (Hughes 2011).

Die Lebensbedingungen haben sich in Folge der Wirtschaftskrise enorm verschlechtert (Santamaría 2011). So lag im Jahr 2014 die Arbeitslosigkeit bei 26,38 Prozent.⁶ 37 Prozent der Arbeitslosen haben Anspruch auf Unterstützung verloren (Asensi 2014, S. ?). Es verschärften sich regionale Disparitäten sowie die Einkommensungleichheit. 2012 lebten 22,2 Prozent der Wohnbevölkerung unter der Armutsgrenze (SavetheChildren 2014, 42). Damit bleiben basale Grundbedürfnisse unerfüllt, Menschen leiden an Hunger oder können ihre Wohnung nicht entsprechend beheizen.

Wie meist, sind auch in dieser Krise verwundbare Personengruppen besonders stark betroffen. Mehr als ein Drittel aller Kinder ist armutsgefährdet und vom Risiko sozialer Exklusion betroffen (SavetheChildren 2014, 42). 37 Prozent der Familien mit Kindern leben unter als prekär zu klassifizierenden Bedingungen (González-Bueno et al. 2013, S. ?). Circa zwei Millionen Kinder leiden an Hunger.⁷

Die Jugendarbeitslosigkeit rangierte im Jahr 2014 mit 53,8 Prozent im EU-Vergleich nach Griechenland auf dem zweiten Platz,⁸ was viele von einer »verlorenen Generation« sprechen lässt. Seit 2012 sind über eine Million meist gut ausgebildeter Jugendlicher ins Ausland gegangen. Jene, die bleiben, können sich aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen oft keine eigene Existenz aufbauen, sie leben (wieder) bei ihren Eltern oder Großeltern.

Auch Frauen waren überproportional stark von der Krise betroffen (UGT Andalucía 2015). Die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen vergrößerte sich signifikant, im Jahr 2015 erreichte sie den höchsten Wert der letzten fünf Jahre (UGT Andalucía 2015). Die Arbeitslosenrate von Frauen war mit 51,19 Prozent⁹ im Jahr 2014 deutlich höher als jene von Männern. Das höhere Risiko von Arbeitslosigkeit betrifft Frauen in allen Bildungsstufen, eine Situation, die in keinem anderen OECD- oder EU-27-Land zu finden ist (MECD Ministerio de Educación 2013). Es wurde nachgewiesen, dass die Austeritätspolitik besonders starke Effekte für Frauen hat (Lethbridge 2012). Diese gründen z. B. auf der Einschränkung von aktiver Arbeitsmarktpolitik und der damit einhergehenden Zunahme prekärer Beschäftigung, aber auch auf Einsparungen in vielen sozialen Bereichen, wie etwa der Reduktion von Förderungen für Frauenhäuser oder dem Kampf gegen häusliche Gewalt oder der Einstellung der Finanzierung der Pille.

6 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17327/umfrage/arbeitslosenquote-in-spanien/>, 17. 3. 2015.

7 <http://www.bancodealimentos.es/noticias/noticias/documentos/espana/132-30000-familias-espaolas-con-nios-pasan-hambre>, 4. 12. 2014.

8 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>, 1. 7. 2014.

9 <http://countryeconomy.com/unemployment/spain>, 1. 12. 2015.

2.1 »Es ist eine Schande für Europa«

Mit dem Ausspruch »es ist ein Krieg ohne Waffen« (I30, I36) beziehen sich viele InterviewpartnerInnen auf Mechanismen der unzulässig regulierten Wirtschaft, die zum Reichtum einiger Weniger und gleichzeitig zu einer Zunahme nicht nur relativer, sondern auch absoluter Armut führt. Ein Teil der Probleme ist hausgemacht, v. a. durch die überwältigende Korruption. Ein Teil allerdings ist Folge der europäischen Politik. Wirtschaftsinteressen werden wesentlich stärker berücksichtigt als soziale Standards und Ziele, das Gemeinwohl wird zunehmend unter individuelle Interessen gereicht, Gewinne werden immer mehr individualisiert, Risiken und Verluste der Finanzmärkte dagegen kollektiv getragen. Die Folge ist eine zunehmende Ungleichverteilung in ganz Europa. Die Bevölkerung Spaniens bekommt dies, gemeinsam mit jener der anderen Krisenländer, im täglichen Leben stark zu spüren.

Die drastische soziale Situation sowie die hohe Korruption der spanischen Politik führten zu einer massiven Vertrauenskrise in das politische System (Hughes 2011). Im Unterschied zu anderen Ländern, in denen Politikverdrossenheit, die Ablehnung der EU und ihrer Institutionen sowie in vielen Ländern ein Zulauf der KrisenverliererInnen zu nationalistischen, ausgrenzenden und rechtspopulistischen Strömungen beobachtbar ist (Flecker 2007), kam es in Spanien allerdings zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft, des politischen Engagements und der Solidarität. Zivilgesellschaft meint eine Sphäre zwischen Staat, Wirtschaft und Privatem, in der Menschen ihre Anliegen selbst vertreten und zu gestalten versuchen (Edwards 2009), meist verbunden mit Ideen von Partizipation, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit (Pollack 2004, Zimmer/Priller 2007).

3. Die Protestbewegung der Indignados

Das folgende Kapitel beruht neben der ausgewiesenen Literatur im Wesentlichen auf Ergebnissen der empirischen Erhebung, d. h., soweit nicht anders ausgewiesen, stammen die Inhalte aus den Interviews bzw. den anderen empirischen Erhebungsmethoden.

Die Geburtsstunde der spanischen Protestbewegung waren große, auch international beachtete Demonstrationen in Madrid und zahlreichen weiteren Städten am 15. Mai 2011 – das Datum wurde namensgebend für die Bewegung 15M, sie wird zudem Bewegung der Indignados, der Empörten, bezeichnet. Der Slogan »*Sie repräsentieren uns nicht!*« brachte die Wut auf sozioökonomische Entwicklungen und das politische System zum Ausdruck. Es kam zu wochenlangen Platzbesetzungen in vielen Städten, die den Grundstein für eine dichte Vernetzung in Stadtteilen und Dörfern legten.

Frustration und Wut richteten sich sowohl gegen nationale als auch gegen europäische Institutionen. Viele InterviewpartnerInnen berichteten, dass sie und andere SpanierInnen von europäischen Institutionen enttäuscht seien, da diese ihrer Ansicht nach von Interessen einzelner mächtiger EU-Staaten – insbesondere Deutschlands – sowie von jenen privater Wirtschaftsunternehmen dominiert würden. »*Es ist eine Mafia*« heißt es, mit Blick auf die »*politische Kaste*«, es ist alles »*durch und für sie*« organisiert

(I33, I13, I36), für die Reichen, die Politik und die herrschenden Institutionen (Antentas/Vivas 2011).

Seitdem kam es zu einer deutlichen Zunahme von Politisierung und Engagement (Simsa/ Mar Gálvez Rodríguez 2015), neben Protestaktivitäten, wie Platz- oder Hausbesetzungen, Demonstrationen, der Verhinderung von Delogierungen etc. gibt es auch ein breites Ausmaß privat organisierter Hilfe und sozialer Initiativen z. B. »Zeitbanken«, bei denen Arbeitsleistungen getauscht werden, alternative Währungen oder private Essensausgaben. In einer dieser Initiativen in Madrid werden täglich bis zu 180 hungrige Personen von Freiwilligen mit Essen versorgt (I66, I70, I43). Diese tun das auf eigene Kosten und regelmäßig, da sie nicht nur Essen, sondern auch persönlichen Kontakt bieten wollen.

Die Bewegung weist ähnliche Merkmale auf wie andere gegenwärtig neue soziale Bewegungen, etwa die auf Demokratisierung gerichteten in der arabischen Welt oder die an zunehmenden sozialen Ungleichheiten ansetzenden wie Occupy, den »[...] Einbezug einer neuen Generation, das Experimentieren mit alternativen Organisationsformen, die Artikulation neuer und manchmal noch vager politischer Ideen und vor allem: Begeisterung an der gemeinsamen Sache« (Anheier 2013, 80). Ein langfristiger internationaler Trend besteht darin, dass die Partizipation an politischen Demonstrationen zunehmend schichten- und generationenübergreifend wird (Van Aelst/Walgrave 2001), Frauen, AkademikerInnen und Berufstätige, sogar ganze Familien beteiligen sich zunehmend (Anheier 2013, Rothschild-Whitt 1979). Großes Mobilisierungspotenzial gibt es zudem in der wachsenden Gruppe der Unter-Dreißigjährigen, die vom Arbeitsmarkt, von sozialer Teilhabe und von politischen Entscheidungen exkludiert sind. Ein internationales Phänomen ist auch die Re-Emotionalisierung der Politik bzw. die Re-Moralisierung des Protests (Roth 2012).

3.1 »Eine andere Welt ist möglich!« – Ziele der Bewegung

Die gesellschaftspolitischen Entwürfe der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sind in der Regel auf partizipative Demokratie, Inklusion, Selbstorganisation sowie auch eine starke sozial-, gesundheits- und bildungspolitische Grundversorgung gerichtet, hierin decken sich die Aussagen aller InterviewpartnerInnen weitgehend. Auf inhaltlich-theoretischer Ebene ist eine hohe Akzeptanz fundamental-kritischer ökonomischer Zugänge beobachtbar, das kapitalistische System wird vielfach generell in Frage gestellt. Der häufig genannte Slogan »*Es ist keine Krise, es ist Kapitalismus*« bringt die Sichtweise auf den Punkt. Auch hat die Politisierung zu grundsätzlich kritischeren Beobachtungen des politischen Systems (Castells 2012) wie auch zur Entwicklung von inhaltlichen Alternativen geführt, einem Beitrag also zum geforderten »*counter narrative*« (Pianta 2013). In diesen Kontext werden auch Hausbesetzungen gestellt, die als kollektive Rückeroberungen und Gegenkultur interpretiert werden (Abellán et al. 2012).

3.2 »Es gibt ein Davor und ein Danach« – Effekte der Bewegung

Es ist immer schwer, die Erfolge bzw. Auswirkungen sozialer Bewegungen tatsächlich zu messen. Die Bewegung der 15M war jedenfalls auf verschiedenen Ebenen tätig. Ihre

Tätigkeiten decken das gesamte Spektrum der der Zivilgesellschaft zugeschriebenen Funktionen von *Voice*, *Service* und *Community Building* ab (Neumayr et al. 2007). Mit *Voice* ist politische Arbeit, Protest und das Einbringen von Themen in die politische Agenda gemeint, dies passiert im Rahmen von Petitionen, Demonstrationen und Protestaktionen. *Service* meint die Erbringung von Leistungen für andere Personen, d. h. konkrete Hilfeleistungen für Betroffene. So werden z. B. Wohnungen für delogierte Personen gesucht, Initiativen der Bewegung leisten Rechtsberatung oder auch gerichtliche Vertretung, es wird Essen verteilt oder auch Weiterbildung für Frauen organisiert (I54, I53, I70). *Community Building* – also Gemeinschaftsbildung – bezieht sich auf die integrativen Effekte zivilgesellschaftlichen Engagements, man lernt sich kennen, unterstützt sich wechselseitig und bildet insgesamt Vertrauen aus. Im Rahmen der Indignados wurden auch neue Formen des Aktivismus entwickelt, etwa die Weigerung von Berufsgruppen (Schlosser, Feuerwehr), bei Delogierungen tätig zu werden, Flashmobs von PensionistInnen, Hausbesetzungen durch bislang untypische BesetzerInnen wie ganze Familien oder alte Menschen. Hausbesetzungen sind oft explizit politisch konnotiert, es soll ein Zeichen gesetzt werden (I61). Die landesweit vernetzten Initiativen der Plattform für Hypothekenbetroffene, die bei Delogierungen protestieren, mit Banken verhandeln und gesetzliche Änderungen fordern, genießen besonders hohe Legitimität. Seit ihrer Gründung im Jahr 2009 streben sie an, Delogierungen zu stoppen, Leerstände im Eigentum von Banken in sozialen Wohnraum umzuwidmen und Schulden durch Wohnungsübergabe zu tilgen (I24). Durch ihre aufsehenerregenden Aktionen (z. B. Sitzstreiks, Flashmobs) erreichen sie eine breite Medienöffentlichkeit und sensibilisieren für Wohnraummissstände (Candeias/ Völpel 2014). Ihnen gelang es bis zum Jahr 2014, mehr als 1.150 Zwangsräumungen zu verhindern und für die Unterbringung von 1.180 Betroffenen zu sorgen.¹⁰ Häufig werden dafür leer stehende – meist davor zwangsgeräumte – Wohnungen gesucht, das Schloss aufgebrochen, und so den durch die Delogierung obdachlos gewordenen Personen zumindest übergangsweise eine Unterkunft verschafft (I61, I70). Auch ganze Häuser werden besetzt, so der Wohnraum leer steht und im Besitz von Banken ist. In der »corrala utopia«, dem bekanntesten Projekt, lebten bis zur Zwangsräumung vor einem Jahr fast zwei Jahre lang 106 Personen, darunter 40 Kinder, viele mit alleinerziehenden Müttern (I70). Ein anderes populäres Beispiel ist das leer stehende Hotelmadrid (Abellán et al. 2012), das am 15. 10. 2011 besetzt und 50 Tage später geräumt wurde. Die Nutzung des Hauses wurde gemeinschaftlich bestimmt und Wohnraum für delogierte Familien zur Verfügung gestellt. Während Besetzungen lange als politischer Extremismus abgelehnt wurden, sehen viele Menschen sie nun als legitim an, da sie verstehen können, dass aus Investitionsgründen mehr Wohnungen leer stehen, als es Obdachlose gibt (I59, I51, I47). Es ist nicht einzusehen, so der Tenor in weiten Teilen der Bevölkerung, dass »Banken gerettet, aber Menschen auf die Straße gesetzt werden« (I47).

10 PAH (Plataforma de Afectados por la Hipoteca), verfügbar unter: <http://afectadosporlahipoteka.com/recursos-graficos/>, 21. 12. 2014.

Diese Serviceleistungen haben oft auch mobilisierenden Charakter: »*Viele sind als Hilfesuchende gekommen und als Aktivisten geblieben*« (I34). Unterschätzt ist oftmals der Aspekt des Community Building, es werden Netzwerke gebildet, Menschen lernen sich kennen, bilden Vertrauen zueinander: »*Ich weiß jetzt, wen ich fragen kann, wenn ich ein Problem habe.*« (I50), »*Ich habe Menschen kennen gelernt.*« (I29), »*Auf einmal fühle ich mich nicht mehr fremd in meinem Viertel, ich treffe so viele Bekannte auf der Straße.*« (I75), fassen Befragte dies in Worte.

Ein wesentlicher Aspekt ist auch die Politisierung. Nachdem in Spanien lange Zeit eine Tradition des Schweigens, des sich »Fernhaltens von Problemen« geherrscht hatte (I25) – ein Phänomen, das als »soziologischer Franquismo« bezeichnet wurde und auch junge Menschen betroffen hatte, die die Diktatur nicht erlebt hatten –, wird Politisierung nun alltäglich und auch lustvoll. Freude und Solidarität werden häufig erwähnt. Viele sprechen eine neue »*Lust am Politischen*« an: »*Wir haben die Lust am Organisieren gefunden*« oder: »*Wir haben uns wieder viel stärker vernetzt*« (I50).

Wesentliche Grundlage dafür war die Vergemeinschaftung von Gefühlen. Zu Beginn der Proteste wurden zunächst individuelle Geschichten erzählt und damit geteilt. Dies führte auch zu geänderten Bedeutungszuschreibungen, also zu *Reframing*, v. a. über die Vergemeinschaftung und Kanalisierung der Wut. Durch den Austausch der als individuell erlebten Probleme, die oft mit Schuldgefühlen einhergingen, wurde den Betroffenen deutlich, dass diese nicht so sehr individuell verschuldet waren, sondern mit gesamtgesellschaftlichen Dynamiken zusammenhingen. Während zu Beginn der Krise weithin Scham über eigene – als individuell gesehene – Probleme empfunden wurde, wandelte sich diese im Zuge der Bewegung zunehmend in – geteilte – Wut (Castañeda 2012), die auch in der Bezeichnung der Bewegung zum Ausdruck gebracht wird (Indignados – die Empörten). Auch Angst bzw. deren Überwindung war und ist ein Thema in diesem Land, das lange von einer Diktatur beherrscht war. Ein weiterer, oft verwendeter Slogan lautet dementsprechend: »*Wir haben keine Angst.*«, oder, wie es v. a. von der Organisation »*Jugend ohne Zukunft*« formuliert wird: »*Ohne Wohnung, ohne Job, ohne Angst.*«

Ein weiterer Effekt waren deutliche individuelle und kollektive Lerneffekte: »*Wir haben gelernt, uns zu organisieren.*« (I50), »*Ich traue mich jetzt, vor größeren Gruppen zu sprechen.*« (I78), »*Wir haben viel mit Organisationsformen experimentiert, da ist noch viel zu tun, aber man kann sagen, dass wir viel gelernt haben diesbezüglich. Wir sind viel effektiver geworden*« (I69). Die Theorie, welche in zivilgesellschaftlicher Aktivität eine Schule der Demokratie sieht (Putnam 1993), wird durch vielfältige Beispiele der Kompetenzentwicklung und des Empowerment bestätigt.

3.3 Die Institutionalisierung der Bewegung

Aus der Bewegung heraus haben sich vergleichsweise rasch Parteien entwickelt. Auf nationaler Ebene ist dies Podemos. Im Jahr 2014 gelang es der Partei, wenige Monate nach ihrer Gründung, bei den EU-Parlamentswahlen 7,98 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Daraufhin fand ein intensiver Prozess der Formierung neuer Parteien auf Regional- und Gemeindeebene statt, im Zuge der Regionalwahlen im Sommer 2015

konnten diese in fünf großen Städten – inklusive Madrid und Barcelona – die BürgermeisterInnen stellen. Während Wahlprognosen von Ende 2014 Podemos noch als stimmenstärkste Partei sahen, erhielt Podemos bei den landesweiten Wahlen im Dezember 2015 20,66 Prozent der Stimmen und wurde drittstärkste Partei.¹¹ Die gegenüber den Umfragen geringeren Werte hängen u. a. mit der Flüchtlingskrise sowie den katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen zusammen, da beides Themen sind, die in der Regel konservative Parteien begünstigen. Dennoch ist der Stimmenanteil zum einen angesichts der kurzen Lebensdauer der Partei sowie der geringen medialen Unterstützung beachtlich. Zudem wurde ein weiterer Effekt der Bewegung deutlich: Das Zweiparteiensystem, das seit dem Ende der Diktatur unverändert geherrscht hatte, wurde aufgebrochen.

Das Verhältnis zwischen der Bewegung und insbesondere Podemos ist laut Aussagen einiger InterviewpartnerInnen aber auch ambivalent. Einerseits wird viel Hoffnung auf sie gesetzt, andererseits wird sie auch für den Verlust der ursprünglich sehr starken Basisorientierung kritisiert, sowie auch für den Effekt, dass Gesellschaftsveränderung an sie delegiert und Aktivismus somit geschwächt wird: »*Podemos hat die Straße geräumt*« (I76) ist die sehr zugespitzte Kritik, die in mäßigerer Form auch von anderen AktivistInnen geäußert wird. Viele AktivistInnen kritisieren die zentrale Position des Sprechers der Partei, die basisorientierten Grundsätzen nicht entspreche (I71, I72, I54). Hier werden Konflikte deutlich, die sich an unterschiedlichen Logiken des politischen Systems und der Zivilgesellschaft entzünden. Den regionalen Parteien wird grundsätzlich mehr Basisorientierung und zivilgesellschaftliche Partizipation zugeschrieben, die v. a. durch die Verankerung auf lokaler Ebene einzelner Stadtteile ermöglicht wird (Guanyem 2014).

4. Die Reaktionen des Staates – Repression als Antwort auf Mobilisierung

Den Staat ließen die vielfältigen Aktivitäten nicht unbeeindruckt. Bereits in den letzten Jahren gab es eine Zunahme von Repression gegenüber AktivistInnen, mit einem Anstieg von finanziellen Strafen, Verhaftungen und auch Körperverletzungen durch PolizistInnen selbst im Rahmen gewaltfreier Protestaktionen (García 2013). Während zivilgesellschaftliche AkteurInnen Menschen mit Essen versorgen, wurden in vielen Städten sogenannte MülltaucherInnen, also Menschen, die ihr Essen im Abfall suchen, oder auch Obdachlose mit Strafen bis zu 700 Euro belegt. Fast alle politischen zivilgesellschaftlichen Initiativen haben Erfahrungen mit willkürlicher Anwendung von Polizeigewalt, Finanzstrafen und physischer Gewalt (Simsa/Berraquero-Díaz 2015). Die Polizeigewalt wurde von Amnesty International dokumentiert (2012) und auch bereits 2013 vom Europarat kritisiert.¹²

¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamentswahlen_2015, 11. 1. 2016.

¹² <https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2389885&SecMode=1&DocId=2077824&Usage=2>, 9. 12. 2015, <http://www.publico.es/politica/denuncias-torturas-policiales-terminan-condena.html>, 9. 12. 2015.

In der empirischen Erhebung gab es viele Beispiele dafür. Ein Interviewpartner wurde von hinten mit einem Gummiknüppel niedergeschlagen, als er drei Polizisten fotografierte, die eine Aktivistin während einer gewaltfreien Aktion zu Boden brachten, ein anderes Mal wurde er ohne Nennung von Gründen und ohne die Möglichkeit, einen Anwalt anzurufen, über einen Tag festgehalten (I73). Ein anderer zeigte uns eine lange Narbe, verursacht durch einen Polizei-Gummiknüppel während einer gewaltfreien Demonstration (I75). Mehrere erzählten vom Gebrauch von Gummipatronen, mit denen speziell auf die Augen von DemonstrantInnen gezielt wird (I57).

Mit Juli 2015 traten nun eine Verschärfung des Gesetzes für öffentliche Sicherheit sowie eine Reform des Strafrechtes in Kraft, welche zivile Rechte noch stärker einschränken und die von KritikerInnen als »Maulkorbgesetz« bezeichnet werden. Im Wesentlichen besteht es erstens in einer Reform des Kriminalstrafrechts, welche höhere Strafen zulässt. Zweitens wird im Antiterrorgesetz eine sehr weite und offene Definition von Terrorismus formuliert, die sehr viel Interpretationsspielraum lässt. Damit wird es u. a. auch möglich, Personen präventiv festzuhalten – hier können also nicht mehr nur tatsächlich begangene, sondern auch potenzielle Taten bestraft werden. Die Idee der reinen Möglichkeit als konstitutiv für Verbrechen wird damit eingeführt (Pérez Cepeda 2014). Das Gesetz für öffentliche Sicherheit reduziert das Recht zu demonstrieren.

Wesentlich ist auch, dass viele Vergehen, statt im Rahmen des Strafrechts nunmehr im Verwaltungsrecht behandelt werden. Somit liegt die Beweislast nunmehr beim Angeklagten, es findet eine Umkehr der Unschuldsvermutung statt. Auch der Europarat kritisierte die Beweislastumkehr als Einschränkung der Freiheit zu Versammlungen und der Meinungsfreiheit (Council of Europe 2013). Ein Vertreter der zivilgesellschaftlichen Initiative »Legal Sol«, welche Rechtsberatung und -vertretung anbietet, sieht Gründe für diese Änderung in den geringeren Anforderungen für administrative Strafen sowie in den meist unzureichenden Beweisen gegen AktivistInnen. Er erklärte, dass die Gruppe in den letzten zwei Jahren 493 AktivistInnen in Gerichtsverfahren vertreten hatte, nur 6 Prozent davon endeten mit einem Schuldspruch. Der Jurist erklärte: »Das ist der wahre Grund für das neue Gesetz. Sie waren nicht erfolgreich vor Gericht, da Richter klare Beweise verlangen. Nun müssen die Angeklagten auf eigenes Risiko gegen Bescheide klagen, vorerst aber jedenfalls zahlen« (O9).¹³

Für das Fotografieren und Verbreiten von Polizeigewalt in friedlichen Demonstrationen können BürgerInnen nunmehr mit bis zu € 30.000 Strafe belangt werden, was u. a. die Pressefreiheit massiv einschränkt. Aktivitäten, die sehr vage als Einschränkung öffentlicher Sicherheit beschrieben werden, wie etwa Proteste in der Nähe öffentlicher Gebäude, werden ebenfalls mit bis zu € 30.000 bestraft. Demonstrationen in der Nähe des Parlaments oder von wichtiger Infrastruktur, wie etwa Telekommunikation oder Verkehrsknoten können mit bis zu € 600.000 bestraft werden, Versuche, Delogierungen zu verhindern, mit Strafen bis zu € 30.000. Zwei Aktivisten erklärten: »Wenn das Maulkorbgesetz in den letzten vier Jahren in Kraft gewesen wäre, hätten wir zwischen € 35.000

13 O steht für »other material«, in diesem Fall für Gespräche am Rande teilnehmender Beobachtung.

und € 65.000 an Strafen zahlen müssen für Proteste, die Blockade von Delogierungen und das Organisieren von Demonstrationen. Nichts von alldem war gewalttätig« (I74). Die AktivistInnen beklagen, dass sich EU-Institutionen bisher weitgehend indifferent gegenüber der Bewegung und ihren Forderungen sowie auch der Einschränkung von zivilen Rechten zeigen (I42, I22). Dies führte zu einem weiteren Vertrauensverlust in die EU und ihre Institutionen.

5. »David gegen Goliath?« – Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger für die Durchsetzung alternativer Gesellschaftsentwürfe?

Die Bewegung hat die spanische Gesellschaft verändert. Es wurden dichte zivilgesellschaftliche Netze gebildet, Kapazitäten entwickelt und eine neue Lust am Politischen gefunden. Mit den Wahlen im Dezember 2015 wurde zudem das langjährige Zweiparteiensystem aufgebrochen. All dies ist vermutlich nicht mehr ganz rückgängig zu machen. Obwohl die etablierte Presse die Bewegung kritisiert oder ignoriert, ist politische Korruption heute, im Gegensatz zur Zeit vor der Bewegung, breit thematisiert und insbesondere junge Menschen sind in einem nie dagewesenen Ausmaß politisiert (Taibo 2013). Im Unterschied zu anderen Krisenländern lassen sich kaum Zeichen erkennen, die auf ein Schwinden der Solidarität und Popularität zugewinne für rechte und nationalistische Parteien verweisen. Organisationen sozialer Bewegungen plädieren für gewaltfreie Wege, um eine inklusive, nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung zu realisieren.

Gleichzeitig allerdings berichten viele AktivistInnen von Ermüdung und Frustration angesichts der anhaltenden Probleme. Die wirtschaftliche Besserung und der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit sind v. a. auf die Senkung von Löhnen und vermehrte prekäre Beschäftigungen zurückzuführen. Die verschärfte Repression zeigt ebenfalls Wirkung. Auch wenn die meisten Gruppen der Bewegung interne Regelungen zur Verteilung individueller Strafen haben, treffen diese die AktivistInnen doch empfindlich. Die Bewegung hat Strukturen der repräsentativen Demokratie kritisiert, welche sich zu weit von den BürgerInnen entfernt haben und stärker partizipative Strukturen gefordert. Sie hat ein Wirtschaftssystem kritisiert, welches auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht und zu drastischer Ungleichverteilung führt, von dem einige Wenige auf Kosten der Exklusion und Verarmung Vieler profitieren.

Mit der Verschärfung von Repression hat das System quasi zurückgeschlagen. Die alte Frage, wie weit die Ressourcen der Zivilgesellschaft, nämlich Integrität, Partizipation und Engagement gegenüber jenen der Politik und Wirtschaft, nämlich staatlichen Machtmitteln und Geld (Simsa 2000), Durchsetzungskraft haben, ist – optimistisch formuliert – offen. Die spanische Zivilgesellschaft hat in den letzten Jahren Beachtliches geleistet. Der global operierenden Wirtschaft sowie der neoliberalen Politik der Europäischen Union kann sie allerdings nicht standhalten.

Es bräuchte ein Umdenken der politischen Institutionen. Demokratische und soziale Defizite der EU – die zumeist mit der Austeritätspolitik in Zusammenhang gebracht werden – dominieren oftmals Diskussionen; das Vertrauen in die EU hat

einen historischen Tiefpunkt erreicht (European Commission 2013). Ein europäisches Projekt, das mehr Legitimität für sich reklamieren kann, müsste auf offener und dialogbasierter Partizipation und entsprechenden Kommunikationspraktiken beruhen (Bee/ Guerrina 2014). Politische Institutionen Europas täten gut daran, die Wut auf das System und die Ungleichheit, die es produziert, sowie auch die Wut auf Europa ernst zu nehmen. Wenn die Politik das Vertrauen v. a. der Jungen wiedergewinnen will, dann braucht es eine entschlossene Sozial- und Bildungspolitik, stärkere Partizipation und Transparenz der politischen Institutionen. All dies wird von der spanischen Bewegung gefordert. Anstatt zuzulassen, dass AktivistInnen sanktioniert und als zu radikal ausgegrenzt werden, sollte Europa versuchen, von den sozialen Bewegungen zu lernen. Wünschenswert wäre eine europäische Strategie der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Grundrechte. Die europäische Politik muss sich klar gegen spanische Gesetze positionieren, die zu Prekarität oder Gefährdung von Grundrechten führen. Demnach muss erstens das spanische Gesetz über Zwangsräumungen an europäische Standards angepasst werden. Zweitens muss die Europäische Union klar gegen jene Aspekte des verschärften Sicherheitsgesetzes Stellung beziehen, die Grundrechte einschränken, wie etwa die Verhängung von Geldbußen für jene, die Essen aus Abfallcontainern entnehmen, an Demonstrationen teilnehmen oder gewalttätiges Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstrierende fotografisch dokumentieren.

Die spanische Protestbewegung steht nicht alleine da, wir sehen gegenwärtig einen weltweiten Anstieg von zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und Protesten gegen neoliberale Politik und ihre Auswirkungen. Millionen von Menschen gehen auf die Straße, sodass gegenwärtige Gesellschaften schon als »*social movement societies*« charakterisiert werden (Quaranta 2014). Ob es den Bewegungen gelingen wird, strukturelle Änderungen zu erwirken, bleibt offen. Wesentlich wird jedoch ihre globale Vernetzung und wechselseitige internationale Unterstützung sein.

Literatur

- Abellán, Jacobo et al. (2012) *Occupying the #Hotelmadrid: A Laboratory for Urban Resistance*. In: Social Movement Studies, Nr. 3–4, 320–326.
- Anheier, Helmut K. (2013) *Entwicklungen der internationalen Zivilgesellschaft*. In: Simsa, Ruth u. a. (HgInnen) *Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management*. Stuttgart, 77–89.
- Antentas, Josep Maria/ Vivas, Ester (2011) *La rebelión de l@s indignad@as*. In: Carlos, Taibo Arias (ed.) *La rebelión de los indignados: Movimiento 15M: Democracia Real ›Ya*. Madrid, 13–20.
- Asensi, Cristina (2014) *Die Rückkehr der Politik durch den Kampf für Grundbedürfnisse: Der Fall der Bewegung gegen Delogierungen in Spanien*. In: Kurswechsel, Nr. 1, 62–70.
- Banyuls, Josep/ Recio, Albert (2012) *Der Albtraum des mediterranen Neoliberalismus. Spanien nach dem Scheitern des »dritten Weges«*. In: Lehn-dorff, Steffen (Hg.) *Der Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien*. Hamburg, 207–225.
- Bee, Cristiano/ Guerrina, Roberta (2014) *Framing Civic Engagement, Political Participation and Active Citizenship in Europe*. In: *Journal of Civil Society*, Nr. 1, 1–4.
- Benski, Tova et al. (2013) *From the Streets and Squares to Social Movement Studies: What Have We Learned?* In: *Current Sociology*, Nr. 4, 541–561.
- Bude, Heinz (2008) *Die Ausgeschlossenen*. München.

- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014) *Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Hamburg.*
- Castañeda, Ernesto (2012) *The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street.* In: Social Movement Studies, Nr. 3–4, 309–319.
- Castells, Manuel (2012) *Networks of Outrage and Hope: Social Movements in the Internet Age.* Cambridge.
- Council of Europe (2013) *Commissioner for Human Rights Report*, 10. 12. 2015.
- Edwards, Michael (2009) *Civil Society.* Cambridge u. a.
- European Commission (2013) *Public Opinion in the European Union*, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_first_en.pdf, 10. 12. 2015.
- Fellner, Wolfgang/ Grisold, Andrea (2010) *Verteilung im Zeitalter des Neoliberalismus. Die Entwicklung traditioneller Wohlfahrtsstaaten anhand ausgewählter Makrodaten.* In: Grisold, Andrea u. a. (HgInnen) *Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich.* Wien u. a., 63–110.
- Fioramonti, Lorenzo/ Thümler, Ekkehard (2013) *Citizens vs. Markets. How Civil Society is Rethinking the Economy in a Time of Crisis.* New York.
- Flecker, Jörg (2007) *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right.* Aldershot.
- García, Oscar José Martín (2013) *Soft Repression and the Current Wave of Social Mobilisations in Spain.* In: Social Movement Studies, Nr. 2, 303–308.
- González-Bueno, Gabriel et al. (2013) *La infancia en Espana. 2012–2013. El impacto de la crisis en los niños.* Madrid.
- Grisold, Andrea/ Maderthaner, Wolfgang (2010) *Finanzkrisen in der industriellen und postindustriellen Moderne.* Wien.
- Guanyem, Barcelona (2014) *Por qué queremos ganar Barcelona?*, verfügbar unter: <https://guanyembarcelona.cat/es/compromisos/>, 22. 12. 2014.
- Hughes, Neil (2011) »Young People Took to the Streets and all of a Sudden all of the Political Parties Got Old«: *The 15M Movement in Spain.* In: Social Movement Studies, Nr. 4, 407–413.
- Köhler, Holm Detlef (2010) *Spanien in Zeiten der globalen Weltwirtschaftskrise*, verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/32536/spanien-in-zeiten-der-globalen-wirtschaftskrise?p=all>, 10. 12. 2015.
- Lethbridge, Jane (2012) *How Women are Being Affected by the Global Economic Crisis and Austerity Measures*, verfügbar unter: http://www.google.at/url?sa=t&rc=1&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0oahUKEwjes6rXodHJA-hUHWRQKHTorCkEQFgg-bMAA&url=http%3A%2F%2Fwww.sopol.at%2Fget_file.php%3Fid%3D1506&usg=AFQjCNFk9ZLHEkv5DY_IyKB-UPxvE_QGag&bvm=bv.109395566,d.bGQ, 10. 12. 2015.
- Marterbauer, Markus (2011) *Zahlen Bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle.* Wien.
- MECD (Ministerio de Educación, Cultura y Deporte) (2013) *Panorama de la educación. Indicadores de la OCDE 2013. Informe Espanol.* Madrid
- Neumayr, Michaela et al. (2007) *Nonprofits' Function in Old and New Democracies: an Integrative Framework and Empirical Evidence for Austria and the Czech Republic.* WP2/ 2007, 10. 12. 2015.
- Penz, Otto (2010) *Vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat.* In: Grisold, Andrea u. a. (HgInnen) *Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich.* Wien, 139–179.
- Pérez Cepeda, Ana Isabel (2014) *Justificación y claves político-criminales del proyecto de reforma del Código Penal de 2013.* In: *Ars Juris Salmanticensis*, Nr. 1, 25–35.
- Pianta, Mario (2013) *Democracy Lost: The Financial Crisis in Europe and the Role of Civil Society.* In: *Journal of Civil Society*, Nr. 2, 148–161.
- Pollack, Detlef (2004) *Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie.* In: Klein, Ansgar u. a. (HgInnen) *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration.* Wiesbaden, 23–40.
- Putnam, Robert (1993) *Making Democracy Work: Civic Tradition in Modern Italy.* Princeton.
- Quaranta, Mario (2014) *Collective and Private Resources and the Inequalities of Non-violent Political Protest in European Countries.* In: *Journal of Civil Society*, Nr. 3, 294–316.
- Roth, Roland (2012) *Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen.* In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Nr. 1, 21–31.
- Rothschild-Whitt, Joyce (1979) *The Collectivist Organization: An Alternative to Rational-bure-*

- aucratic Models*. In: American Sociological Review, Nr. 4, 509–527.
- Santamaría, Antonio (2011) *La rebelión de los Indignados. Reflexiones a pie de acampada*. In: El Viejo Topo, 282/ 283, 20–25.
- SavetheChildren (2014) *Pobreza infantil y exclusión social en Europa: Una cuestión de derechos*, verfügbar unter: https://www.savethechildren.es/sites/default/files/imce/docs/europa_pobreza_infantil_y_exclusion_social_en_europa.pdf, 10. 12. 2015.
- Simsa, Ruth (2000) *Der Dritte Sektor als Lösung arbeits- und beschäftigungspolitischer Problemlagen?* In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Nr. 2, 24–42.
- Simsa, Ruth/ Berraquero-Díaz, Luis (2015) *Human Rights in Spain – a Mere National Topic?*, verfügbar unter: http://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/cc/npocompetence/downloads/human_rights_in_spain_a_mere_national_topic_ruth_simsa.pdf, 10. 12. 2015.
- Simsa, Ruth/ Mar Gálvez Rodríguez, María (2015) *»La protesta sin organización«: Nuevas tendencias en los movimientos sociales frente a las entidades no lucrativas*. In: Revista Española del Tercer Sector, Vol. 28, 149–166.
- Stieglitz, Joseph (2009) *Die globale Krise verlangt nach einer globalen Reaktion*. In: von Lüpke, Geseko (Hg.) *Zukunft entsteht aus Krise*. München, 390–415.
- Taibo, Carlos (2013) *The Spanish Indignados: A Movement with Two Souls*. In: European Urban and Regional Studies, Vol. 20, 155–158.
- UGT Andalucía (2015) *Crisis y Género: Un retroceso histórico de la igualdad*. Andalucía.
- Unicef (2014) *Children of the Recession: The Impact of the Economic Crisis on Child Well-being in Rich Countries*. Innocenti Report Card 12. Florenz.
- Van Aelst, Peter/ Walgrave, Stefaan (2001) *Who is that (Wo)man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester*. In: European Journal of Political Research, Nr. 4, 461–486.
- Wieland, Leo (2011) *Aufstand im Sitzen*, verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/jugendproteste-aufstand-im-sitzen-1651222.html>, 10. 12. 2015.
- Wijkström, Filip/ Zimmer, Annette (2011) *Nordic Civil Society at a Cross-roads: Transforming the Popular Movement Tradition*. Baden-Baden.
- Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard (2007) *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung*. Wiesbaden.

Internetadressen

- <http://afectadosporlahipoteca.com/2014/10/10/los-datos-del-cgpj-confirman-que-siguen-aumentando-los-desahucios-en-espana/>, 9. 12. 2015.
- <http://afectadosporlahipoteca.com/recursos-graficos/>, 21. 12. 2014.
- <http://countryeconomy.com/unemployment/spain>, 1. 12. 2015.
- <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>, 1. 7. 2014.
- <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17327/umfrage/arbeitslosenquote-in-spanien/>, 17. 3. 2015.
- https://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Parlamts_wahlen_2015, 11. 1. 2016.
- http://eapn-galicia.com/wp-content/uploads/2014/07/Documento-posicionamento-sobre-Vivienda-EAPN-Espa%C3%B1a-Octubre_2013.pdf, 10. 12. 2015.
- <https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2389885&SecMode=1&DocId=2077824&Usage=2>, 9. 12. 2015.
- <http://wko.at/statistik/eu/europa-verschuldung.pdf>, 9. 12. 15.
- <http://www.20minutos.es/noticia/2052274/0/viviendas-vpo/vacias-espana/13500/>, 5. 5. 2015.
- <http://www.bancodealimentos.es/noticias/noticias/documentos/espana/132-30000-familias-espaolascon-nios-pasan-hambre>, 4. 12. 2014.
- <http://www.publico.es/politica/denuncias-torturas-policiales-terminan-condena.html>, 9. 12. 2015.

Kontakt:

ruth.simsa@wu.ac.at